



Obwohl es in Deutschland eine fast unendlich große Menge Sand gibt, drohen in verschiedenen Regionen Versorgungsengpässe. Das Bauen könnte sich dadurch verteuern. FOTO: DPA

Rohstoffe

Verband warnt vor Engpässen bei der Versorgung mit Sand

Bausand ist geologisch betrachtet eigentlich in ausreichendem Maße vorhanden. Dennoch gibt es Versorgungsengpässe. Darauf weist der Industrieverband Iste hin. Auf Baustellen im Südwesten werde bereits Sand aus Brandenburg verwendet. Das hat auch mit dem Kampf um knappe Abbaustätten im Südwesten zu tun.

Von Wolfgang Leja

STUTTGART. „Wir haben derzeit einen Bauboom wie wir ihn eigentlich so noch nie hatten. Da überlagert sich der Boom im Wohnungsbau mit dem Infrastrukturbau wie etwa der Bahntrasse Wendlingen nach Ulm. Der Bedarf an Baustoffen ist gerade enorm hoch“, sagt Thomas Beißwenger, der Hauptgeschäftsführer des Industrieverbands Steine und Erden Baden-Württemberg (Iste).

Was ihn ärgert: Die Baustoffe können mitunter nicht mehr aus dem eigenen Land gedeckt werden. „Wir müssen mittlerweile Sand aus anderen Bundesländern hertrans-

portieren, vor allem aus Brandenburg und Thüringen. Allein in den Ulmer Raum kommen etwa 200 000 Tonnen jährlich per Zug.“

Rückendeckung erhält der Verbandschef von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover. Unter dem Titel „Sand – auch in Deutschland bald knapp?“ berichten die Experten in einer Studie über die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Sand. „Quarz- und Bausand sind aus geologischen Gründen eigentlich in ausreichendem Maße verfügbar“, heißt es. Dennoch gebe es mittlerweile Versorgungsengpässe.

85 Prozent der Fläche stehen für Rohstoffabbau nicht zur Verfügung

„Dabei hat die geologische Verfügbarkeit von Sand nur zu einem geringen Teil mit der tatsächlichen Situation zu tun“, erklärt der Geologe Harald Elsner, Autor der Studie. „Ein Großteil der Sand-, Kies- und Natursteinvorkommen Deutschlands ist durch konkurrierende Nutzungen wie nationale und europäische Wasser-, Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie überbaute Flächen nicht abbaubar. In

Baden-Württemberg sind 85 Prozent der Landesfläche durch diese vorrangigen Nutzungen bereits verplant und stehen für eine potenzielle Rohstoffgewinnung nicht zur Verfügung“, sagt er.

Zugleich wird die Erschließung und Erweiterung von Abbauflächen immer schwieriger. „Die Genehmigungsverfahren sind ohnehin sehr lange“, sagt Beißwenger. „Die Regionalplanung in verschiedenen Räumen kommt kaum nach“, so der Verbandschef und nennt Beispiele: „In der Region Bodensee-Oberschwaben und der Region Donau-Iller sind die Rohstoffsicherungsflächen zu knapp bemessen.“

Steffen Rütte, Prokurist bei der Krieger-Firmengruppe, die im Raum Karlsruhe und Rastatt Kieswerke betreibt, kritisiert diese „res-

triktive Regionalplanung“. Die Folge: Weil der Rohstoff knapp werde, werde er auch teurer. Im laufenden Jahr seien Preissteigerungen zwischen fünf und zehn Prozent feststellbar – und das dürfte sich fortsetzen, meint er. Ein weiterer Faktor weshalb sich das Bauen weiter verteuern könnte.

Doch gegen die Erschließung und Erweiterung von Abbauflächen stellen sich immer öfter Bürgerinitiativen, die sich gegen die Eingriffe in Natur und Landschaft wehren. „In 70 Prozent unserer Genehmigungsverfahren agiert eine Bürgerinitiative gegen die Rohstoffgewinnung“, berichtet Beißwenger. Das mache die Sache zeitintensiv, teilweise sogar unmöglich.

Ein prominentes Beispiel ist Gögingen im Landkreis Sigmaringen.

Dort hatte die Interessengemeinschaft „Gegen weitere Kiesabbauflächen“ seit dem Jahr 2011 gegen die Pläne von vier kiesabbauenden Unternehmen gekämpft. Mit Erfolg.

Umweltministerium hat zu Arbeitstreffen eingeladen

Fast halbiert hat das Regierungspräsidium Tübingen im Jahr 2016 die von den Unternehmen beantragten Erweiterungsflächen, um in den nächsten 30 Jahren dort Kies abzubauen. Statt 164 Hektar genehmigte das Regierungspräsidium lediglich rund 88 Hektar.

Beißwenger hofft daher auf eine neue Rohstoffstrategie des Landes. Das Umweltministerium hatte dazu bereits zu Arbeitstreffen mit der Abbauwirtschaft, den Umweltverbänden sowie Regionalverbänden und Vertretern von Behörden und Kommunen geladen. Nun hofft der Verbandschef auf eine rasche Anhörung im Landtag zum Thema.

Im Umweltministerium zeigt man sich gelassen. „Die mittel- und langfristige Rohstoffgewinnung in Baden-Württemberg ist gewährleistet“, heißt es in einer Landtagsdrucksache von Umweltminister Franz Untersteller (Grüne).